

Das Schloss muss weg

Das Land **BADEN-WÜRTTEMBERG** legt seinen Kulturgüterstreit bei – und der Erbprinz von Baden dient sich der Öffentlichkeit an **VON RÜDIGER BÄSSLER**

CHARMANT lächeln, zur rechten Zeit die Stirn in Falten legen, ab und zu ein wenig drohen, so kann es was werden mit einer Lösung im Kulturgüterstreit zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Adelsgeschlecht derer von Baden. Jedenfalls aus Sicht von Bernhard, dem Erbprinzen. Der älteste Sohn des Markgrafen Max überwindet sich in jeder Weise, um das Land Baden-Württemberg dazu zu bewegen, Schloss Salem zu kaufen. Im Gegenzug, so stellt man sich den Handel in Salem neuerdings vor, würde das Adelshaus alle Ansprüche auf wertvolle Handschriften und Bilder fahren lassen, deren Besitzrechte bislang ungeklärt sind.

Ende des Jahres wollen die Gläubigerbanken der Adelsfamilie Geld sehen, mindestens aber ein tragfähiges Konzept zur Entschuldung. Es geht um 30 Millionen Euro an Verbindlichkeiten, die angeblich bloß entstanden sind, weil die Markgräfler sich seit Jahren selbstlos um den Erhalt ihres Denkmalsitzes gekümmert haben. Nun ist die Not so groß, dass der 37-jährige Bernhard entschlossen mit jener eisernen Familienregel gebrochen hat, nach der alle Geschwätzigkeit von Übel sei. Sie stammt von Max Markgraf von Baden, einem stillen, stets grämlich wirkenden Netzwerker, der zu besten Zeiten in fast 50 Verbänden und Vereinen vom Rheinschiffahrtsverband bis zum Deutschen Roten Kreuz aktiv war. Wollten Journalisten früher etwas von ihm, beglückte ihn das so sehr wie die Nachricht, die Reblaus habe es sich in seinen Weinstöcken gemütlich gemacht.

An diese Tradition hat sich auch Prinz Bernhard gehalten, als er 1999 die Leitung der väterlichen Forst-, Fisch- und Weinbetriebe übernahm. Wenn er einmal im Rahmen einer Weinprobe plauderte, dass er ganz hingerissen sei von Sauerkirschmarmelade, dann durften sich die Zuhörer schon glücklich schätzen. Nur einmal geriet der etwas bieder wirkende Bernhard böse in die Klatschpresse, als er, natürlich in geschlossener Gesellschaft, ein Hamburger Model heiratete (400 Gäste, keine Presse), eine Bürgerliche, von der später durch eine Indiskretion Unterwäschefotos auftauchten.

SALEM Welche Änderung nun: Schloss Salem öffnet seine Pforten den Fernsehteams. Bernhard präsentiert sich in Zeitungsinterviews und Talkshows, gescheitelt und mit tadellos gebundenem Krawattenknoten, als Celebrity mit Gewissen und betriebswirtschaftlichen Kenntnissen. Ein Prozess mit dem Land Baden-Württemberg um die Kulturgüter, sagt er dann gern, wäre »verheerend«. Natürlich meint er: verheerend für alle.

Gottlob wird der Erbprinz die Rolle des Strippenziehers, die ihm sichtlich wider die Routine geht, nicht mehr lange spielen müssen. Die Expertenkommission, welche die Eigentumsverhältnisse um die umstrittenen Kulturgüter erforscht, wird bis zum Jahresende kein in allen Teilen gerichtsfestes Gutachten vorlegen können. Zu schwammig sind viele historische Verfügungen in dieser Sache formuliert. Im Landtag schwenkt eine Mehrheit in Richtung eines Schlosskaufs, um nicht etwa erneut, wie im Fall des Schlosses Baden-Baden, einer kuwaitischen Investorin das Feld überlassen zu müssen. Wenn es noch Einwände gegen den Handel gibt, dann entweder infolge eines revanchistischen Reflexes gegen Adelstraditionen oder in der Absicht, den Ministerpräsidenten Günther Oettinger noch ein wenig in der Klemme zu behalten, der mit dem alten Markgrafen so voreilig den Kauf der umstrittenen Kulturgüter ausgemacht hatte.

Das Geld fürs Salemer Schössle ist sowieso da. Zweiundfünfzig Schlösser besitzt das Land Baden-Württemberg bisher, wendet für deren Betrieb und Erhalt jährlich rund 37 Millionen Euro auf. Im Grundstock, aus dem das Land sich bedient, wenn es Immobilien kauft, liegen 44 Millionen Euro. Fragt sich eigentlich nur noch, wie viel die Landesregierung den Salemern tatsächlich zahlt. Während Prinz Bernhard öffentlich versichert, er wolle wirklich »kein Geld für mich oder meine Familie«, hat sein Haus schon einmal ein renommiertes Immobilienunternehmen mit einer Schätzung des heimischen Gebäudeensembles beauftragt. Auch die Landesregierung lässt längst den »realen Immobilienwert« prüfen. Noch ein letztes Feilschen, dann wird der drohende Frevel eines Verkaufs wertvoller historischer Kulturgüter wohl endgültig abgewendet sein. Hoffentlich.